

Rede von Dr. Dagmar Enkelmann, auf der Landtags Sitzung am 16. Juni 2004 zu Hartz IV

CDU und SPD Brandenburg haben diesem Gesetz im Bundesrat zugestimmt

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

heute reden wir also endlich über Geld.

Und zwar über das Geld, das die Brandenburgerinnen und Brandenburger ab dem kommenden Jahr in der Tasche haben, falls sie auf die Unterstützung des Staates angewiesen sind.

Erlauben Sie deshalb, dass ich Ihnen einige Fragen stelle:

Wie viel Geld haben Sie zurzeit auf dem Konto?

Wie viel Geld haben Sie in den letzten Jahren gespart?

Wie viel verdient Ihr Partner, falls Sie mit jemandem zusammenleben?

Ja, Sie haben recht, diese Fragen müssen Sie und ich nicht beantworten.

Aber ein Arbeitslosenhilfeempfänger, wenn er auch im nächsten Jahr Leistungen des Staates in Anspruch nehmen will.

Die abgeforderten Erklärungen sind Teil eines Gesetzes, das den wohlklingenden Namen trägt „Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ oder kurz: Hartz IV. Was sich aber hinter dem harmlosen Titel „Hartz IV“ verbirgt, ist in Wirklichkeit der größte Sozialraub in der Geschichte der Bundesrepublik.

Mit diesem Gesetz werden Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt, und zwar auf dem Niveau der Sozialhilfe!

Im großen Einvernehmen von rot-grüner Bundesregierung, CDU/CSU- und FDP-Opposition im Bundestag wurde damit im Dezember des vergangenen Jahres der Weg für eine beispiellose Demontage sozialer Leistungen geebnet.

Denn bundesweit werden künftig 4,5 Mio. Menschen mit dem Sozialhilfesatz auskommen müssen. Das ist ein Zuwachs um mehr als 60%.

Jedes zehnte Kind wird von dieser Entwicklung betroffen sein. Armut wird zunehmend vererbt.

Wie sollen diese jungen Menschen jemals in der Gesellschaft Fuß fassen?

Wie sollen sie Vertrauen in die Politik entwickeln?

In eine Politik, meine Damen und Herren von der Koalition, die jungen Menschen jegliche Chancen auf einen guten Start in die Zukunft raubt?

Haben Ihnen von der SPD denn die Wahlergebnisse der letzten Monate und auch die des vergangenen Wochenendes noch immer nicht zu denken gegeben?

Was sagte Ministerpräsident Platzeck erst am Montag?

„Wir müssen den Menschen den Sinn dieser Reformen erklären.“

Herr Ministerpräsident – was keinen Sinn macht, kann man nicht erklären!

Man kann es schön reden. Aber dieses Lied wollen die Menschen nicht mehr hören.

Mit Krokodilstränen in den Augen fordern Sie nun Nachbesserungen.

Nur: die hätten Sie längst im Bundesrat einfordern können und müssen.

Da haben Sie geschwiegen. Im Gegenteil: Sie haben diesem Gesetz im Bundesrat, übrigens anders als die Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Ihre Zustimmung erteilt.

Damit tragen Sie Mitverantwortung für Verunsicherung bei Betroffenen und Kommunen.
Damit tragen Sie Mitverantwortung dafür, dass auch in Brandenburg die soziale Schieflage immer stärker wird und das Armutsrisiko dramatisch zunimmt.

Sie tragen die Mitverantwortung für harte finanzielle Einschnitte bei Arbeitslosenhilfeempfängern, für Kaufkraftverluste in dreistelliger Millionenhöhe mit den Folgen für Handwerk und Gewerbe sowie für erhebliche zusätzliche Belastungen der Kommunen.

Können Sie sich vorstellen, als Familie (2 Erwachsene, 1 Kind) mit 100 Euro im Monat auszukommen?

Sicherlich nicht.

Wie der rbb in einer Sendung aufgedeckt hat, gibt es inzwischen sogar einige, die das müssen, denen abzüglich aller Fixkosten gerade einmal 100 Euro im Monat bleiben.

Ab 1.1. 2005 wird sich dieser Betrag erneut verringern. Möglicherweise werden künftig noch mehr in einer solchen extremen Notlage landen.

Das sind die Tatsachen. Davor verschließen Sie die Augen!

Die einzige Antwort, die wir immer wieder von der Bundes- und Landesregierung hören, ist: Zu diesem Reformkurs gibt es keine Alternative.

Das, meine Damen und Herren, ist falsch!

Was für ein Leben muten Sie den sozial Schwachen in diesem Land eigentlich zu?

In Brandenburg gibt es derzeit etwa 150.000 Arbeitslosenhilfeempfängerinnen und -empfänger. Der größte Teil von ihnen muss ab Januar mit 331 Euro zurechtkommen. Wegen der deutlich verschärften Anrechnungsregelungen, z.B. in Bezug auf Ersparnisse und Vermögen, werden voraussichtlich etwa 40.000 Betroffene keine Leistungen mehr erhalten.

Diese Auswirkungen verschweigt die Landesregierung.

Dafür beteiligt sie sich umso mehr an der heftigen Debatte, wer denn nun künftig zuständig wäre für die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II und ob die nötige Software rechtzeitig bereitgestellt werden kann.

Das heißt, Sie machen die Umsetzung Ihrer falschen Entscheidungen von der rechtzeitigen Programmierung einer Software abhängig.

Sie schalten auf Autopilot und umkreisen Brandenburg in großer Höhe.

Von den Alltagsproblemen der Menschen hier haben Sie sich längst abgekoppelt.

So nehmen Sie Ihre Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht wahr!

Und Sie feiern jetzt als Erfolg, was bei Lichte besehen ein Pyrrhussieg ist.

Die scheinbare Einigung des Bundeswirtschaftsministers mit den kommunalen Spitzenverbänden über den Ausgleich der zusätzlichen Belastungen für die Kommunen durch den Bund verkennt, dass bei der vorgeschlagenen Regelung über eine Revisionsklausel die Kommunen in Vorleistung zu gehen haben. Ein Abgleich tatsächlicher Kosten mit den vom Bund bereitgestellten Mitteln soll quasi im Nachgang, d.h. zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Dass das Land mit der Übertragung der Unterkunftskosten an die Kommunen weniger Ausgaben hat, ist inzwischen kein Geheimnis mehr.

Was aussteht, ist eine eindeutige, verbindliche Erklärung der Landesregierung, dass diese Einsparungen an die Kommunen 1:1 weitergereicht werden.

Sie lassen also nicht nur Arbeitslosenhilfeempfänger sondern nach wie vor auch die Kommunen im Regen stehen!

Immer offenkundiger wird: Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe löst die wirklichen Probleme in diesem Land nicht.

In diesem Gesetz gibt es keinerlei Vorstellungen über die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Mit diesem Gesetz wird nicht ein Arbeitsplatz geschaffen.

Stattdessen werden durch Leistungskürzungen die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt, die Langzeitarbeitslosen, für eine schlechte Arbeitsmarktpolitik der Regierung bestraft.

Völlig ausgeblendet in der bisherigen Debatte blieben die spezifischen Probleme der neuen Bundesländer, nämlich eine wesentlich höhere Arbeitslosenrate und deutlich mehr Langzeitarbeitslose.

Ihre Aufgabe als ostdeutsche Landesregierung wäre es gewesen, genau darauf im Bundesrat mit Nachdruck aufmerksam zu machen.

Dazu waren Sie nicht fähig.

Zu diesem Zeitpunkt, Herr Innenminister, hätten Sie Nachbesserungen fordern müssen. Sie aber haben das Gesetz anstandslos durchgewunken und freuen sich jetzt über Ihre wahltaktischen Spielchen.

Das, Herr Schönbohm, ist mehr als schäbig.

Herr Baaske, ob dieses Gesetz notwendig gewesen wäre, um Empfänger von Sozialhilfe in die Arbeitsvermittlung zu integrieren, ist noch eine Frage.

Sie wissen doch ganz genau, dass die Chancen für Langzeitarbeitslose besonders gering sind, wenn sie eine Stelle suchen.

Sie haben in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Arbeit aus Brandenburg und Berlin erklärt, Sie könnten es keinesfalls mittragen, dass zum 1. Januar nur die neue Leistung gezahlt wird – also 331 Euro – aber kein einziges Instrument aus dem SGB III angewandt werden kann bzw. keine bessere Vermittlung erfolgt.

Doch über den künftigen Umfang der Beschäftigungsmaßnahmen und die dafür von den Arbeitsagenturen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel fehlen bis heute klare Auskünfte.

Sicher ist nur, bisherige Beschäftigungsförderungen, wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ werden gestrichen.

Was nun Herr Minister? War das alles nur Spiegelfechtereie? Bleibt es bei der folgenlosen Ankündigung?

Ein Papier der SPD-Bundestagsfraktion von April bringt es auf den Punkt, worum es der Bundesregierung in Wahrheit geht: die Sanierung des Haushalts durch Einsparung von etwa 5,9 Mrd. Euro bei der Arbeitslosenhilfe.

Dafür also opfern Sie, meine Damen und Herren der SPD, die letzten Reste Ihrer sozialen Traditionen.

Sie wissen doch genau, dass diese Kürzungen vor allem zu Lasten von Familien und Alleinerziehenden gehen.

Kinderarmut wird auch in Brandenburg ein sichtbar zunehmendes Problem.

Und dann lese ich im Wahlprogramm der SPD folgende Forderung: „Alles in unserem Land wird auf Familien- und Kinderfreundlichkeit hin durchforstet.“ Das ist der blanke Hohn!

Hätten sie das mal vor Ihrer Zustimmung zu Hartz IV gemacht! Vielleicht wäre Ihnen aufgefallen, dass dieses Gesetz zutiefst familienfeindlich ist.

Zwischen dem, was Sie für die Zukunft versprechen und dem, was Sie jetzt tun, besteht ein Unterschied wie Tag und Nacht.

Doch immer mehr Menschen haben von dieser Politik die Nase voll.
Dabei ist es nicht so, dass die Menschen keine Reformen wollen.
Was sie nicht wollen, sind Ihre Reformen!

Die jetzt geforderte Verschiebung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist nur eine Scheinlösung.

Das Gesetz muss vom Tisch.

Ein anderer Ansatz für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist dringend nötig.

Statt eines staatlich geförderten Lohndumpings (331 Euro monatlich sind nichts anderes) braucht dieses Land ein breites Bündnis für Innovation und Beschäftigung. Die PDS hat mit dem Innovationsprojekt Ost machbare Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Erstens fordern wir eine verstetigte und verlässliche Arbeitsförderung und zweitens eine Investitionsoffensive der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen.

Die PDS will einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der mit dem ersten Arbeitsmarkt sozusagen auf Augenhöhe steht. Das heißt nicht, „subventionierte Konkurrenz“ zu bestehenden Unternehmen, sondern das heißt gesellschaftlich notwendige Arbeit, die sich nicht oder noch nicht wirtschaftlich rechnet, Arbeit vor allem im ökologischen Bereich, in der Kultur und auf sozialem Gebiet.

Ein Blick nach Mecklenburg-Vorpommern zeigt, was – Ideenreichtum und soziales Engagement vorausgesetzt – auf Landesebene möglich ist.

Arbeitsminister Helmut Holter (PDS) hat dort ein innovatives Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm erarbeitet, das sich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ergänzt durch Landesmittel speist. Durch dieses Programm wurden ca. 1000 Arbeitsplätze neu geschaffen.

Sicher, es löst das Problem Langzeitarbeitslosigkeit in unserem nördlichen Nachbarland nicht. Die Kopplung von aktiven Beschäftigungsmaßnahmen an Regionalförderung aber könnte ein gangbarer Weg auch in Brandenburg sein.

Für die PDS ist eines klar: Neben den Arbeitslosen sind nach dem derzeitigen Verhandlungsstand auch die Kommunen Verlierer der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Jede kommunale Mehrbelastung führt dazu, dass sich die Spirale rückläufiger Investitionen und Kürzungen von Leistungen der Daseinsfürsorge fortsetzen wird – ein „Teufelskreis der Armut“ gewissermaßen. Auch das wird die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belasten durch höhere Gebühren und weniger Leistungen der Kommunen.

Hartz IV ist der falsche Weg.

Nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen werden mit diesem Gesetz bekämpft. Das ist soziale Ungerechtigkeit pur.

Das treibt die Spaltung der Gesellschaft weiter voran.

Junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien werden es noch schwerer haben, eine Perspektive zu finden.

Diese Entwicklung - das ist die traurige Wahrheit - wird auch vor Brandenburg nicht halt machen.

Dafür tragen Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, die Verantwortung.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger werden sich daran erinnern.